FH-SF-01

Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	08.03.2017
Tagesordnungspunkt:	FH.FH-SF Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet ist.

.

Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch Rechtsextreme
wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie Gesellschaft und ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen Verdächtigungen und Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben – und das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen Herausforderungen auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche Antworten zu akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie zum Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es ist viel wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen Bürgerinnen und Bürger.

Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden offenbart. Auch die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und -bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch rechtswidrige Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal beschädigt.

Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die gleichen hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen im Hauruckverfahren – ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall sicherheitspolitische Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der Kriminalität beständig hinterherhinkt.

Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen Sicherheitsbehörden.

Sicherheit in einem starken Rechtsstaat

In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit. Dafür setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss auch als Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige, personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den islamistischen Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeame mit Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den Rechtsstaat und
für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der Menschen für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie eintritt. Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner für Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits eingeführt haben.

Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher Kriminalitätsbelastung und

sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein. Kameratechnik ersetzt aber keine Polizeistreifen.

Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete, länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen und auf künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.

Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale Zusammenarbeit der Polizei , die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den Geheimdiensten sein.
Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht werden können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir eine klare Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Weil Terror und internationale Kriminalität keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den Parlamenten kontrolliert zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei Europol in
der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken. Die Praxis, die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben, wollen wir
beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches Grenzregime, das den

Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das Vertrauen in das Schengen-System stärkt.

Kein Fußbreit den Faschisten

Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre formieren sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in Deutschland, die sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die Zahl rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz für Opfer rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist, sollte nicht abgeschoben werden.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gibt es nicht nur am rechten Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer sexuellen Identität oder Religion – frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin, Sachsen oder Baden-Württemberg.

Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in der antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns. Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das wollen wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.

Zäsur beim Verfassungsschutz

Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten Rassismus mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach rechts außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen gegenüber dem rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie gefährliche Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im Fall Amri und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin. Wir wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.

Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das mit nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet

Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll ein unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich öffentliche Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.

Prävention ausbauen – für eine Kultur des Hinschauens

Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende Ideologien abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt durch eine Kultur des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb fordern wir eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten Islamismus und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und ihren Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten Präventionszentrum arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:

Kampf gegen rechts stärken

Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an. Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Wir Grünen wollen sie deshalb dauerhaft mit einem Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen

Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt propagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe, Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und Medien. Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen den gewaltbereiten Islamismus angehen, wollen wir fördern.

Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren

Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und mehr Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet werden. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim Bundeskriminalamt konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die Deaktivierung von Feuerwaffen einführen.
